

Zeigen Sie, wie die Bürger der DDR und ihre Repräsentanten die Behauptung vom „breiten Konsens“, au den sich die SED stützen könne, widerlegt haben.

In einem Gespräch mit Rudolf Seiter, Bundesminister für besondere Aufgaben und Chef des Kanzleramts im Kabinett von Bundeskanzler Helmut Kohl, hielt der neue Generalsekretär der SED und Vorsitzender des Staatsrates der DDR Egon Krenz am 20. November 1989 in Ostberlin prinzipiell an der DDR als souveränem Staat unter der führenden Rolle der SED fest.

Im Einzelnen führte er aus, dass der Sozialismus nicht grundsätzlich zur Diskussion stehe, sondern erneuert werden müsse. Er als Weltanschauung habe nicht versagt, sondern sei nur „entstellt“ worden, und könne durch „mehr Demokratie“ wieder gestärkt werden.

Krenz behauptet weiterhin, es gebe innerhalb der DDR einen „breiten Konsens“, dass die DDR ein souveräner und sozialistischer Staat „sei und bleibe“ und dass die weitere Geschichte von der Existenz zweier souveräner deutscher Staaten ausgehen müsse, weil die „Wiedervereinigung (...) nicht auf der Tagesordnung“ stehe.

Krenz fasst zu Ende des Textes seine Aussagen in den vier Begriffen „gegenseitige Achtung der Souveränität, territoriale Integrität, Gleichberechtigung und Nichteinmischung“ zusammen, womit er jedoch nur die jahrelangen Forderungen der DDR-Führung wiederholt.

In der sich daran anschließenden Erörterung sollte man vermeiden, die Aussagen Krenz' selbst auf ihre Stichhaltigkeit zu überprüfen. Gefragt ist vielmehr ein Abgleich mit den Grundvorstellungen der politischen Ordnung in der Bundesrepublik.

Das Gespräch fand am 20. November 1989 statt. Zu diesem Zeitpunkt war bereits die Mauer gefallen, hatten bereits die Montagsdemonstrationen und vor allem die große Demonstration vom 4. November in Ostberlin sehr deutlich gemacht, was die Bevölkerung von der SED, ihren neuen Repräsentanten („Wendehälse“) und von der weiteren Existenz der DDR hielten.

Bereits seit Mitte der 80er Jahre, als der Druck der SED auf die Bevölkerung im selben Maß zunahm, wie dringend notwendige Reformen unterblieben, stieg die Zahl derer, die große Schwierigkeiten in Kauf nahmen, um in den Westen übersiedeln zu können. Die Reformpolitik Gorbatschows in der Sowjetunion und die Installierung eines „runden Tisches“ in Polen hatte Hoffnungen geweckt, dass die DDR aus eigener Kraft denselben Weg gehen könnte. Nachdem aber die Reformunfähigkeit der SED-Führung offenbar geworden war, vor allem, nachdem im Frühjahr 1989 das Regime erneut sein Heil in der Manipulation und Fälschung von (Kommunal-)Wahlergebnissen gesucht hatte, war klar, dass von dieser Seite her keine Änderung zu erwarten war. Mit dem Abbau der Grenzsperrungen durch Ungarn Anfang Mai 1989 hatte sich der Strom der Flüchtlinge in die bundesdeutschen Botschaften in Prag und Budapest und dann über die Grenzen ergossen. Die Ausreise dieser Botschaftsflüchtlinge - und die Umstände, unter denen sie von Statten ging - offenbarten erste tiefgreifende Schwächen des Regimes.

Am 4. September 1989 kam es in der Nikolaikirche in Leipzig zum ersten Demonstration im Anschluß an ein „Friedensgebet“. Diese Demonstrationen wuchsen

sich dann als „Montagsdemonstrationen“ zur machtvollen Bekundung des eigentlichen Volkswillens aus.

Die Feiern zum 40. Jahrestag der DDR am 6. Oktober machten dann den **tiefgreifenden Riß**, der sich zwischen Partei und Volk aufgetan hatte, offenbar:

- * Honecker pries die Errungenschaften des Sozialismus,
- * das Volk bejubelte Gorbatschow als Hoffnungsträger,
- * Gegendemonstranten verlangten Reformen,
- * die Staatssicherheit griff hart zu.

Am 9. Oktober war das Regime bereits so weit paralysiert, dass die Staatssicherheit bei der Montagsdemonstration in Leipzig nicht mehr eingriff. Zu den politischen Forderungen wie freie Wahlen, Meinungsfreiheit oder Versammlungsfreiheit trat schnell auch die Forderung nach nationaler Einheit - vorsichtig vorgetragen zunächst, da die Demonstranten mehrheitlich von einer grundlegenden Reform der DDR ausgingen. Schnell wurde jedoch aus dem Schlagwort „Wir sind das Volk“ ein „Wir sind ein Volk“.

Die Absicht, die Unzufriedenheit innerhalb der Bevölkerung, die sich nach wie vor an der Existenz der Mauer entzündete, durch Reisefreiheit zu neutralisieren, schlug allerdings schnell in eine Demontage des Selbstverständnisses der DDR um. Der Staat, der seine Legitimation aus der Errichtung des „antifaschistischen Schutzwalls“ bezog, hätte sich neu definieren müssen, nachdem die Mauer gefallen war. In dieser Neudefinition blieb faktisch kein Platz mehr für einen eigenen Staat, die Geschichte ging schnell über Konföderationspläne hinweg.

Das Vorhaben, die DDR grundlegend zu reformieren, erwies sich angesichts des ökonomischen Drucks und der Reformunfähigkeit auch der jüngeren Parteikader als nicht durchführbar. „Kommt die DM nicht zu uns, kommen wir zu ihr“ war das Schlagwort eines großen Teils der Bevölkerung. Theoretisch mochten Alternativen bestanden haben - in der Praxis war der Wunsch der Bevölkerung, die wirtschaftliche Vereinigung mit der Bundesrepublik vollzogen zu sehen, übermächtig.

Die Volkskammerwahl am 18. März 1990 zeigt diese Stimmung: Die von der CDU geführte „Allianz für Deutschland“ (CDU, DSU, Demokratischer Aufbruch) gewann mit ihrem Werben für Wiedervereinigung und Wohlstand 48,2% der Stimmen. Folgerichtig ging man sofort an die Verwirklichung der Währungsunion, die dann am 2. Juli 1990 in Kraft trat. Die erste (und letzte) frei gewählte Regierung der DDR hatte nur noch die Aufgabe, die Interessen der DDR in den Verhandlungen zur Wiedervereinigung, genauer gesagt, zum Beitritt der DDR zum Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland, zu wahren.

Auch im Vollzug der Wiedervereinigung zeigt sich die Eile, die durch die Macht der Tatsachen geboten war - und die die Behauptung von Egon Krenz, die Wiedervereinigung „*stehe nicht auf der Tagesordnung*“, vollständig widerlegt. Verfassungsmäßige Bedenken über den Zusammenhang von Beitrittstermin und (gesamtdeutscher) Bundestagswahl konnten nicht verhindern, dass die Volkskammer am 22. August 1990 den Wählerwillen durch den Beitritt zur Bundesrepublik zum 3. Oktober erfüllte.

Das Gespräch in:

Potthoff, Heinrich: „Die Koalition der Vernunft“. Deutschlandpolitik in den 80er Jahren. München: dtv, 1995 (dtv Dokumente).